

Sogar neue Zelte werden zurückgelassen

Dass Abfälle achtlos weggeschmissen werden, ist ein bekanntes Problem. Es verschärft sich im Sommer. Dabei gibt es im Kanton Littering-Hotspots. Mit verschiedenen Initiativen versucht man, das Problem in den Griff zu bekommen. Doch schnelle Lösungen sind nicht in Sicht.

Thaddäus Braun

Wie jedes Jahr im Sommer strömen die Menschen in die Naherholungsgebiete an Aare und Emme, um sich abzukühlen oder den Abend mit Bier und Grill zu geniessen. Die Schattenseite davon: Viele entsorgen den entstehenden Müll nicht ordnungsgemäss. Dieser bleibt dann oftmals in der Natur liegen. Damit die nächsten Besucher jedoch wieder saubere Plätze vorfinden, gibt es im Kanton verschiedene Projekte zur Säuberung der Umwelt von Unrat.

Wetter beeinflusst die Menge nicht entscheidend

Von Bettlach bis Büren an der Aare ist die Sozialfirma Prowork AG dafür zuständig. Pünktlich um 8 Uhr am Montagmorgen beginnt das Team um Fabio Zanatta am Bettlacher Rank, das Aareufer nach Müll zu durchsuchen. Dies tun sie ungefähr 45 Mal im Jahr, bei jeder Witterung. Interessanterweise erkennen sie dabei keine Korrelation zwischen schönem Wetter und der Menge an Abfall, wie Betriebsleiter Christoph Kölliker erklärt: «Es ist viel wichtiger, welche Personen vor Ort waren und wie sie sich verhalten haben. An einem Wochenende hat es beispielsweise geregnet – gefunden haben wird ein ganzes Zelt.»

Wie das Beispiel des Zeltes zeigt, finden Zanatta und seine Mitarbeiter alles Mögliche auf ihren Touren. Sorgen bereiten dem Team jedoch nicht solch grosse Überreste: «Das Hauptproblem sind die Zigarettenstummel. Sie sind überall und es ist unmöglich, alle einzusammeln», erklärt Zanatta. Am Tag des Besuchs werden zwanzig 35-Liter-Abfallsäcke gefüllt. Der Rekord von 5000 Litern stammt aus der Corona-Zeit. Insgesamt sehe man hingegen keine Verringerung der Menge an Abfall, die sich am Aareufer sammelt. Doch gibt es vermehrt eine Konzentration um die Mülleimer herum. Dadurch könne man im-



Am Bettlacher Rank wurde ein quasi neues Zelt einfach stehen gelassen. Wegräumen müssen es dann andere.

Bilder: Bruno Kissling



Dieses Verbotsschild wurde offensichtlich ignoriert.

merhin von etwas mehr Sauberkeit sprechen.

Auch in den Städten türmt sich der Abfall

Doch nicht nur in den Naturgebieten der Witi kämpft man mit

Littering. Auch in und um die Städte Solothurn und Olten türmen sich die Abfallberge. In Solothurn ist der Verein Perspektive beauftragt, den Abfall einzusammeln. Markus Bentz, Bereichsleiter bei der Perspekti-



Christoph Kölliker sammelte mit seinem Team 700 Liter Material ein.

ve, erkennt einige Hotspots: «Einer ist sicherlich zwischen der Rötibrücke und dem H4-Hotel. Aber auch an Badeplätzen an der Aare finden wir sehr viel Abfall. Zudem sammelt sich der Müll auch beim Krummturm.»

Die Art des Abfalls unterscheidet sich allerdings beim Krummturm. Dort werden nicht nur Bierdosen oder Verpackungen gefunden, sondern teilweise Spritzen. Da diese gesundheitsgefährdend sind, geht die Per-

«Das Hauptproblem sind die Zigarettenstummel. Sie sind überall und es ist unmöglich, sie alle einzusammeln.»

Fabio Zanatta
Sozialfirma Prowork

spektive dort täglich vorbei, um sie so schnell wie möglich zu entfernen.

Olten setzt auf die Raumpatenschaft

Auch in Olten kämpft man mit den Abfallbergen. Viel Müll befindet sich da vor allem beim Sandstrand in Ruppoldingen. «Die Menge hier ist ganz klar wetterabhängig, aber sonst kommt es sehr darauf an, wie sich die Leute benehmen», sagt René Wernli, der Oltner Werkhofchef. Um das Litteringproblem zu bekämpfen, gibt es in Olten seit letztem Jahr das Modell der Raumpatenschaft. Dabei können sich Personen freiwillig melden, um ein kleines Gebiet ihrer Gemeinde vom Müll zu befreien.

Die Lösungsansätze für das Problem sind vielfältig. Zum einen müssen die Menschen sensibilisiert werden, um sich des Problems bewusst zu werden. Zum anderen könnten Zufahrtsstopps für Autos eine Besserung bringen.

Der Hintergedanke dabei: Wenn man bequem hinfahren kann, nimmt man auch mehr Dinge mit, die dann weggeworfen werden. Dass das Thema die Region auf jeden Fall umtreibt, zeigte jüngst ein Auftrag des Kantonsrats. Er fordert die Regierung dazu auf, mehr gegen Littering zu unternehmen.

Gastautor

Die Menschenrechte

In fast jeder politischen Diskussion berufen sich die Beteiligten früher oder später auf die Menschenrechte. Wer mit den Menschenrechten argumentiert, macht sich unangreifbar und erhebt sich auf eine Stufe, von der er moralisch überlegen auf alle anderen hinunterschauen kann. Das gilt erstaunlicherweise selbst dann, wenn völlig unklar ist, ob es das angerufene Recht überhaupt gibt oder was es genau umfassen soll.

Moderne Verfassungen enthalten sogenannte Kataloge, in denen die Menschenrechte aufgezählt werden. Dort finden sich Sätze wie der folgende, der

in Artikel 8 der Verfassung des Kantons Solothurn steht: «Die persönliche Freiheit ist unverletzlich. Alle Menschen haben das Recht auf Leben, körperliche und geistige Unversehrtheit und Bewegungsfreiheit.» Andere Grundrechte sind beispielsweise der Schutz der Privatsphäre oder die Versammlungsfreiheit. Die Würde des Menschen ist nach Artikel 7 der Bundesverfassung «zu achten und zu schützen». Nach Artikel 6 der Verfassung des Kantons Solothurn ist sie sogar «unantastbar».

Hier soll es aber darum gehen, wer unsere Menschenrechte denn eigentlich schafft. Die

Bundesverfassung sagt, das «Schweizervolk und die Kantone» hätten sie sich selbst gegeben. Wenn das zutreffend wäre, müsste das Volk die Menschenrechte aber auch wieder abschaffen können, vielleicht auch durch das Parlament oder sogar durch den Bundesrat.

Andere Verfassungen bekennen sich ausdrücklich zu Menschenrechten, die unabhängig von der Verfassung gelten. Danach sind Menschenrechte vorbestehende Rechte, die jedem Individuum quasi von Natur aus zustehen, ohne dass es sie einfordern oder etwas dafür leisten muss-

te. Menschenrechte sind nicht Rechte, die der Staat den Individuen gewährt, sondern Rechte, welche die Menschen gegen Ein- und Angriffe durch den Staat schützen. Dieses Verständnis der Menschenrechte, das auch in der Schweiz gilt, scheint etlichen staatlichen Organen nicht bewusst zu sein.

Das dürfte auch darauf zurückzuführen sein, dass die Menschenrechte anerkanntermassen nicht absolut gelten sollen. Gemäss Bundesverfassung können sie nämlich durch den Gesetzgeber und mitunter – die Pandemie hat es bewiesen – sogar durch die Exekutive einge-

schränkt werden, sobald andere, meistens kollektive Interessen wie die öffentliche Sicherheit höher gewichtet werden. Das könnte dazu geführt haben, dass nicht die Menschenrechte, sondern deren Einschränkungen die öffentliche Wahrnehmung prägen.

Somit hängen Bestand und Umfang der Menschenrechte trotz ihrer überstaatlichen Natur im Ergebnis dann eben doch davon ab, was die staatlichen Organe und die demokratischen Mehrheiten an Menschenrechten zulassen. Das ist in einer Demokratie für die Mehrheit in der Regel kein

Problem. Doch für diejenigen, die nicht zur Mehrheit gehören, kann es schnell unerträglich werden. Sie müssen darauf vertrauen, die Gerichte anrufen zu können und dort von staatlichen Akteuren angehört zu werden, die der staatlichen Macht ihre Grenzen aufzeigen. Viel Glück.



Konrad Jeker
Strafverteidiger, Solothurn